



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden

Ausgabe November 2023

Zweites Gutachten zu den Mühlenkreiskliniken Hunderte Betten weniger ?

Seit September liegen nun die Ergebnisse des zweiten Gutachtens zu den Entwicklungsperspektiven der Mühlenkreiskliniken vor. Die darin bevorzugte Lösung ähnelt dem was 2021 Lohfert & Lohfert vorschlugen. Die beiden Krankenhäuser Rahden und Lübbecke sollen durch einen Neubau in Espelkamp ersetzt werden, um in der Region die Erreichbarkeit im Notfall zu sichern.

In Bad Oeynhausen soll das Krankenhaus einen Neubau neben dem Herz- und Diabeteszentrum (HDZ) erhalten, um auch künftig deren Kooperation zu sichern. Die Auguste-Viktoria-Klinik soll als Fachklinik Orthopädie weiter existieren.

Oberste Leitlinie des Gutachtens war die Wirtschaftlichkeit. Wurde 2021 ein Abbau von etwa 150 Betten vorgeschlagen so geht Augurzky mit seinem Institut hcb weit darüber hinaus. Die zur Zeit vorhandenen Betten werden mit insgesamt 2.014 angegeben. Übrig bleiben sollen 1.430 bis 1.620. Das wäre dann 584 bis 394 weniger.

Lieblingsidee Ambulantisierung

Ein großer Umfang künftiger Ambulanti-

sierung wird unterstellt. Künftig sollen viele Operationen ambulant erfolgen. Ein Trend, der durchaus vorhanden ist. Doch es wird nicht erwähnt, wo denn künftig all die ambulanten Operationen stattfinden

gewinnen sind.

Die Ambulantisierung hat einen weiteren Haken: Für viele stellt sich nach der ambulanten Operation die Frage, wer sie danach zu Hause betreuen soll?



Im letzten Weserspiegel hatten wir auf die Corona-Pandemie hingewiesen, in der ein bereits geschrumpftes Gesundheitswesen offensichtlich überfordert war. Mit der Folge, dass Lockdowns mit ihren Ausgehverboten und Schulschließungen für erforderlich erklärt wurden. Statt einer kritischen Aufarbeitung der damaligen Maßnahmen - die u.a. zu erheblichen psychischen und Lernproblemen bei Kindern und Jugendlichen geführt

haben - wird nun als wäre nichts geschehen das Gesundheitssystem weiter geschrumpft. Von Vorsorge für künftige Pandemien weiterhin keine Spur.

haben - wird nun als wäre nichts geschehen das Gesundheitssystem weiter geschrumpft. Von Vorsorge für künftige Pandemien weiterhin keine Spur.

den sollen? Und das in unserer Region mit ihrer ärztlichen Unterversorgung im ländlichen Bereich? Die kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) warnte jüngst, dass die niedergelassenen Ärzte ein hohes Durchschnittsalter haben und Jungmediziner schwer für den ambulanten Bereich zu

Bevor Betten abgebaut werden, müssen die Strukturen für eine ausreichende ambulante Versorgung erst einmal geschaffen werden!



Die Waffen nieder!

Die Veranstalter wiesen darauf hin, dass bisher die USA und die verbündeten NATO-Staaten auf eine Verschärfung des Krieges setzen statt auf seine Beendigung. Aus dem Krieg ist ein blutiger Stellvertreterkrieg geworden.

Immer mehr Waffen führen zu immer mehr Toten, Verwundenen und großen Zerstörungen der Umwelt, vergifteten Böden und vergiftetem Grundwasser.

Gefordert wurden: Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und Gemeinsame Sicherheit jetzt!

Am 30. September 2023 demonstrierte die Friedensinitiative Bielefeld/OWL auf dem Rathausplatz in Bielefeld für Frieden, Abrüstung, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz!

In den Redebeiträgen wurde auf die große Gefahr einer Eskalation des Krieges in der Ukraine hingewiesen. Wir seien der Gefahr eines Atomkrieges noch nie so nah wie heute.

Neubauten: Tragbare Kosten?

Die jetzt noch in Lübbecke vorhandene Urologie soll in Minden konzentriert und die Psychiatrie, die 2021 noch erweitert werden sollte, soll stattdessen verkleinert und nach Minden verlegt werden.

Nicht die Frage einer ausreichenden Gesundheitsversorgung der Bevölkerung liegt diesem Vorschlag zu Grunde, sondern der Neubau in Espelkamp soll nun

etwas kleiner und damit etwas billiger werden. Die notwendigen Neubauten sollen statt 528 Millionen nun etwa 430 Millionen kosten. Das Land NRW will bekanntlich nur einen Teil davon beisteuern.

Das Land NRW hat sich bereits beim Neubau des Johann-Wesling-Krankenhauses geweigert, für die gesamt-

ten Investitionskosten aufzukommen. So lastet immer noch ein Schuldenberg in dreistelliger Millionenhöhe auf den Mühlenkreiskliniken. Das Land muss seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkommen, die Investitionen der Krankenhäuser vollständig zu finanzieren!

Auch der jetzige Betrag ist von den Städten und Gemeinden kaum zu bewältigen. Sie ächzen unter gestiegenen Energiepreisen, der allgemeinen Teuerung und bekommen die wirtschaftliche Rezession zu spüren. ★

Kliniken in Not

Die Mühlenkreiskliniken werden dieses Jahr mit einem Defizit von 25 Millionen Euro abschließen. Bis 2027 wird mit Defiziten von insgesamt 75,1 Millionen Euro gerechnet.

Es gibt weniger Patienten als in der Zeit vor Corona. Das führt nach der Logik der Fallpauschalen (DRG) zu Einnahmeausfällen.

Die Kliniken haben spürbar höhere Ausgaben für Energie. Inflation und Zinssteigerungen machen ihnen zu schaffen. Die Tariferhöhungen für die Beschäftigten

kommen hinzu. Sie reichten bei weitem nicht für die Reallohnsicherung, führen aber zu Mehrausgaben, da sie nicht vollständig gegenfinanziert werden.

Daher schreiben bundesweit die allermeisten Kliniken rote Zahlen und viele Pleiten drohen. Einige Kliniken mussten bereits schließen.

Trotzdem will die Ampel den Etat des Gesundheitsministeriums im kommenden Jahr um ein Drittel kürzen!

Lauterbach scheint das ganz gelassen und mit Zustimmung zu sehen. Sterben doch die Kliniken ganz ohne sein aktives Zutun, das Ziel seiner „Reform“ wird damit teilweise schon erreicht. Allerdings auf chaotische ungeplante Art, was zu enormen Verwerfungen führen dürfte.

Es droht eine dramatische Entwicklung, die unser Gesundheitswesen schwer beschädigt.

Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser muss schnellstmöglich beendet werden! ★

Die Mär vom Fachkräftemangel

Die Konzentration auf weniger aber größere Kliniken im ganzen Land wird stets mit dem Fachkräftemangel begründet.

Tatsächlich gibt es Schwierigkeiten, genügend Pflegekräfte zu finden und die vorhandenen Stellen zu besetzen. Die Fluktuation ist groß, viele halten die Belastungen nicht sehr lange aus.

Eine Studie der Bremer Arbeitnehmerkammer ergab: Bei besseren Arbeitsbedingungen stünden vorsichtig geschätzt etwa 300.000 Vollzeitpflegekräfte mehr zur Verfügung.

Und es gibt eine weitere aufschlussreiche Untersuchung. Klagen doch Ärzte und Pflegekräfte über den Wust an Dokumentationen, die sie täglich zu bewältigen haben. Nach einer Erhebung der Ärzteorganisation Marburger Bund raubt das

täglich 3 bis 4 Stunden der Arbeitszeit, die für die Betreuung der Patienten nicht



zur Verfügung steht. Das ist eine Folge des Abrechnungssystems nach Fallpauschalen (DRG).

Zudem sind tausende Ärztinnen und Ärzte im Abrechnungskampf zwischen Kliniken und Krankenkassen gebunden, also mit dem Streit, ob die Einordnung der Patienten in die jeweilige DRG zutrifft oder nicht. Dabei geht es immer um viel Geld.

Das „Bündnis Klinikrettung“ hat nun errechnet, dass bei Wegfall des bürokratischen Monsters DRG 158.900 Arbeitsstunden mehr für die Patientenversorgung zur Verfügung stünden, das entspricht 122.100 Vollzeitstellen.

Der beklagte Fachkräftemangel erweist sich als Alibi für das Schrumpfen des Gesundheitssektors. ★

Alternativen sind möglich!

Die „Krankenhausreform“ von Lauterbach will Gewinne mit dem Betrieb von Kliniken weiter möglich machen. Die Fallpauschalen bleiben, wenn auch in geringerem Umfang. Der Kostendruck auf die Beschäftigten bleibt bestehen. Und vor allem sieht diese „Reform“

keinen Euro an Mehrausgaben vor!

Eine bedarfsgerechte und patientenfreundliche Versorgung ist möglich. Die Finanzierung nach Fallpauschalen muss durch eine bedarfsgerechte Finanzierung nach der Selbstkostende-

ckung ersetzt werden. Die notwendigen Kosten werden dann refinanziert. Das notwendige Personal wird über eine Personalbemessung bestimmt und nach Tarif bezahlt. **Gewinne wären in einem solchen System nicht mehr möglich.**

Das Bündnis „Krankenhaus statt Fabrik“ hat dazu Vorschläge erarbeitet. ★

Bundeshaushalt: Sozialer Kahlschlag

Die großen Wohlfahrtsverbände Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Diakonie und der Paritätische protestieren gegen den sozialen Kahlschlag. Um ein Viertel will der Bund seine Programme für die freie Wohlfahrtspflege kürzen. Die Kürzungen treffen das gesamte soziale Angebot.

Kindergärten bangen um ihre Existenz. Ein erster Kindergarten in Minden schließt bereits nach der Insolvenz der AWO seine Pforten. Einschränkungen der Öffnungszeiten stellen Eltern vor oft unlösbare Probleme.

Massiv gestiegenen Energiekosten, die allgemeine Inflation und die vom Land nicht ausgeglichenen Tarifierhöhungen verschärfen die ohnehin vorhandene Unterfinanzierung der Einrichtungen.

Die gesamte soziale Infrastruktur ist betroffen und gefährdet

Pflegeheime, Beratungsstellen der verschiedensten Art, die Betreuung von Senioren, Behinderten, Migranten, die ganztägige Betreuung von Grundschulern – alles steht vor großen finanziellen Problemen.

Fast die Hälfte aller gemeinnützigen Organisationen musste ihr Angebot bereits einschränken, viele sehen sich



demnächst zu Entlassungen und zur kompletten Einstellung von Leistungen gezwungen.

Der Bundeshaushalt für 2024 ist ein Haushalt des sozialen Kahlschlags

Er sieht Kürzungen in einem bisher noch nie da gewesenem Umfang vor.

Die Ausgaben für Gesundheit sollen um mehr als ein Drittel gekürzt werden, den drohenden Pleiten von Krankenhäusern

wird tatenlos zugesehen.

Der Bundeszuschuss an die Rentenversicherung soll zusammengestrichen werden - trotz steigender Altersarmut. Der Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung soll trotz steigender Kosten eingefroren werden. Höhere Beiträge der Versicherten oder weitere Einschränkungen der Leistungen dürften die Folgen sein.

Auf der enorm langen Liste der Kürzungen finden sich unter anderem die freie Jugendhilfe, Hilfen für erwerbslose Jugendliche, Migrationsberatung, das BAFÖG und trotz explodierender Wohnkosten auch die Mietbeihilfen des Bundes. Diese Kürzungen treffen diejenigen, die ohnehin schon benachteiligt sind.

Das Land NRW wird seinerseits mit Verweis auf die „Schuldenbremse“ zusätzlich eigene Kürzungen betreiben.

Für Finanzminister Lindner (FDP) ist das alles nur der „Auftakt für weitere Anstrengungen.“

Massenverarmung und Ruinierung der Infrastruktur sollen fortgesetzt werden. Die Aufrüstung fordert ihren Tribut. ★

Ein Herz für Panzer

2024: 85,5 Milliarden Euro

Soviel will die Bundesregierung 2024 nach NATO-Kriterien für das Militär ausgeben. Das ist **fast jeder fünfte Euro**. Das sprengt alle Dimensionen seit Bestehen der Bundesrepublik. Deutschland wird damit zur ausgabenstärksten Militärmacht in Europa. Das ist mehr als Russland dafür ausgibt.

Und dabei soll es nicht bleiben. Bundeskanzler Scholz verkündete bereits im Februar 2022, dass künftig **mindestens** 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für das Militär aufgewendet werden sollen. Diese Selbstverpflichtung hat die Ampel beim NATO-Gipfel im Juli 2023 unterstützt und mit beschlossen. Zwei Prozent sollen nur die Untergrenze sein, mehr ist gewünscht.



Bald 100 Milliarden

Das wären im Jahre 2027 an die 100 Milliarden Euro. Da die Sonderschulden dann aufgebraucht sind, muss der Kriegsetat dann um 25 bis 30 Milliarden Euro aufgestockt werden.

Wenn Minister Boris Pistorius fordert, die Bundesrepublik müsse „kriegstüchtig werden“, dann sollen wir diesen Wahnsinn widerspruchslos hinnehmen. Deshalb möchte er am liebsten auch gleich jede Kritik an NATO und EU verbieten lassen. ★

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP



Die UZ online:
www.unsere-zeit.de

Kein Herz für Kinder

Kinder trifft die Sparpolitik von Rot-Grün-Gelb besonders hart. Gerade mal 2,4 Milliarden Euro plant die Ampel für die im Koalitionsvertrag versprochene und lang ersehnte Kindergrundsicherung ein. Laut dem renommierten Armutsforscher Christoph Butterwege braucht es 20 Milliarden Euro, um Kinderarmut wirksam bekämpfen zu können.

Arme Familien leiden sehr unter der Inflation. Jeder Einkauf wird zur Zitterpartie. Jeder Monat ist viel zu lang. Die Tafeln sind überfordert weil überlaufen.

Mangelernährung in einem reichen Land macht sich breit

Laut Statistischem Bundesamt sind die Nahrungsmittelpreise zwischen Juli 2021 und Juli 2023 um deutlich mehr als ein Viertel gestiegen (plus 27,2 Prozent). Diese Steigerung übertrifft die allgemeine Inflation deutlich. Belastet sind in erster Linie die Armen, die Geringverdienenden und die von Lohnersatzleistungen Lebenden. Nach Abzug von Miete und Energiekosten muss der Rest für Lebensmittel ausgegeben werden. ★

Krieg beginnt hier – Widerstand auch!

Im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern geht die Wirtschaft in der Bundesrepublik auf Talfahrt. In vielen Bereichen der Industrie gibt es Absatzbewegungen. Die Krise ist in vielen Branchen angekommen.

Nirgendwo in der EU sind die Energiekosten so deutlich gestiegen. Die billige Energieversorgung durch Russland wurde durch die Sanktionspolitik gegen Russland zerstört. Die Zerstörung der Gaspipeline North Stream 2 schuf weitere Fakten. An eine Inbetriebnahme des nicht zerstörten Strangs wird kein Gedanke verschwendet. Lieber wird mehrfach teureres Frackinggas aus den USA gekauft, auch wenn es schädlicher als das Verbrennen von Kohle ist. War da mal was mit Klimaschutz? Muss wegen Aufrüstung und Wirtschaftskrieg warten.

Die Sanktionspolitik, der Wirtschaftskrieg gegen Russland wirkt wie ein Bumerang. Von dem Ziel einer Schwächung Russlands ist nichts zu sehen, aber



man schießt sich damit ins eigene Knie. Galoppierende Preise für Energie und Lebensmittel sind die Folgen.

Die Binnennachfrage sinkt, denn selbst die erkämpften Tarifierhöhungen kommen mit der Inflation nicht hinterher, die völlig unzureichende Erhöhung des „Bürgergeldes“ tut ihr Übriges.

Diese Regierung ordnet sich bereitwillig den Wünschen der USA unter. In der Hoffnung, damit auch eigene Großmachtansprüche verwirklichen zu können, koste es auch Massenverarmung und kaputte Infrastruktur.

Wir haben die Möglichkeit das Steuer herumzureißen, den Frieden zu gewinnen.

Und damit die weitere Zerstörung unserer existenziellen Lebensgrundlagen abzuwenden!

Demonstration in Berlin am 25.11.

Nein zu Kriegen - Den Rüstungswahnsinn stoppen –Zukunft friedlich und gerecht gestalten.

- Die Waffen müssen schweigen. Verhandlungen und Diplomatie sind das Gebot der Stunde.
- Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie.
- Abrüstung! Ausgaben für das Militär senken, Milliarden in soziale Ausgaben investieren!



<https://nie-wieder-krieg.org/>

Vonovia & LEG

Mieterhöhungen nicht sofort unterschreiben!

Beide Gesellschaften stehen unter Druck. Die gestiegenen Zinsen erschweren ihr Geschäftsmodell. Enorme Kredite müssen zurückgezahlt werden, die einst aufgenommen wurden, um Übernahmen zu finanzieren. Folglich sinkt ihr Aktienkurs und die Anteilseigner sind unzufrieden.

Die Gewinne sollen wieder steigen. Dafür sollen die Mieten erhöht werden. Gerade der Konzern LEG gilt als Treiber massiver Erhöhungen.

Daher die Empfehlung:

Lassen Sie sich vom Mieterverein beraten, bevor Sie unterschreiben! ★

Wenn die AfD an die Macht käme ...

... ginge es noch unsozialer zu.

Im Bundestag stimmten sie:

- gegen die Grundrente
- gegen höhere Freibeträge für Alleinerziehende
- gegen einen einmaligen Kinderbonus von 300 Euro je Kind
- gegen die Mindestvergütung für Auszubildende
- gegen mehr Geld für den KiTa-Ausbau
- gegen mehr Investition in Ganztagsbetreuung
- gegen die Mütterrente
- gegen die Erhöhung der Mütterrente
- gegen 5 Milliarden für den sozialen Wohnungsbau
- gegen die Abschaffung von Hartz-IV-Sanktionen
- gegen die Erhöhung der Erwerbsminderungsrente
- gegen die Erhöhung des Mindestlohns
- gegen mehr Sicherheit für Arbeiter auf Abruf
- gegen bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie.

Aber sie waren für die Senkung der Steuerlast für Besserverdienende .

Eine Vermögenssteuer für die Millionäre und Milliardäre lehnt die AfD ab. ★


DKP Minden
dkp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.:
G. von der Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden